



Deutsche Umwelthilfe e.V. | Hackescher Markt 4 | 10178 Berlin

Armand Zorn
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
armand.zorn@bundestag.de

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
BERLIN

Hackescher Markt 4
Eingang: Neue Promenade 3
10178 Berlin

Sascha Müller-Kraenner
Tel. +49 30 2400867-15
Fax +49 30 2400867-19
mueller-kraenner@duh.de
www.duh.de

17. September 2026

Meeresschutzgesetz und Unitarisierungsabkommen 2.0: wie die Ausweitung der Gasförderung in der Nordsee verhindert werden kann

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Zorn,

für die grenzüberschreitende Förderung von Erdgas in der Nordsee ist neben den Genehmigungen der nationalen Behörden ein Abkommen zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung Voraussetzung. Die Ratifizierung des Abkommens über ein Bundesgesetz stockt jedoch seit Monaten wegen berechtigter Bedenken zum Inhalt des Abkommens. Im Januar dieses Jahres haben wir ihnen ein Briefing mit den aus unserer Sicht wichtigsten Kritikpunkten zum Unitarisierungsabkommen geschickt (Anlage 1). Das Abkommen ist potenziell europarechtswidrig und beschneidet die Souveränität deutscher Behörden.

Während auch der Entwurf vom Meeresschutzgesetz im parlamentarischen Verfahren festhängt, will der niederländische Konzern One Dyas Tatsachen schaffen und wie angekündigt die Gasbohrungen im Grenzbereich ausweiten. Für die zusätzliche Plattform N04 liegt dem LBEG bereits der Antrag für Probebohrungen nur 650 Meter von der deutschen Grenze entfernt vor. Zusätzlich hat das Scoping für die Bohrungen N03 auf deutscher Seite begonnen. Dabei plant One Dyas, wie in der Investorenpräsentation von Tenaz Energy ersichtlich wird (Anlage 2, Folie 25), Plattformen direkt im Meeresschutzgebiet. Auf Seite 25 heißt es, dass für die „contingent resources“ Alpha 1 und Alpha 2 (N03) zusätzliche Produktionsinfrastruktur notwendig sein wird – d.h. **Gasbohrplattformen mitten im Naturschutzgebiet Borkum Riffgrund**. Die neuen Bohrungen sind, anders als die Bohrungen von N05-A, die im Küstenmeer stattfinden, in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) geplant.

Um in der AWZ grenzübergreifend Rohstoffe zu fördern, müsste ein **weiteres Abkommen** zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung abgeschlossen werden, denn das bisherige Abkommen gilt nicht für die AWZ.

Der Bundestag und insbesondere die Fraktion der SPD können jetzt ihre Handlungsmacht nutzen und sich für den Meeres- und Klimaschutz einsetzen. Ich appelliere daher an Sie, setzen Sie sich ein für die Verabschiedung eines starken Meeresschutzgesetzes und die Verhinderung souveränitätsbeschneidender und europarechtswidriger Abkommen!

Gerne stehe ich auch für Rückfragen oder ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Sascha Müller-Kraenner

Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer

Anlage 1

Briefing Unitarisierungsabkommen

Anlage 2

Investorenpräsentation von Tenaz Energy